

# Rhein-Zeitung

RZ+ www.rhein-zeitung.de



## Der Zauber von James Krüss

Der Geschichtenerzähler wäre am Sonntag 100 geworden. Seite 16

## Auf der Balduinbrücke haben bald die Radfahrer Vorfahrt

Ab Herbst läuft Verkehrsversuch. Seite 17

Zwei Jubiläen – ein großes Dankeschön!

Alle Infos zum RZ-Gewinnspiel heute in Ihrer Zeitung!

SAMSTAG, 30. MAI 2026 | 81. JAHRG. | NR. 123

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG - SEIT 1946

5912 | B0 | KOBLENZ | 3,80 EURO

## Ein neuer Hingucker im Zoo Neuwied

Seltene Primatenart zu bestaunen

■ **Neuwied.** Der Zoo Neuwied hält erstmals Alaotra-Halbmakis und ist damit nach eigenen Angaben die einzige Einrichtung in Deutschland mit dieser seltenen Primatenart. Die beiden eineinhalb Jahre alten Brüder kamen aus dem niederländischen ZooParc Overloon. „Mit den Alaotra-Halbmakis zeigen wir eine Tierart, die selbst viele Zoo-Fachleute noch nie live gesehen haben“, sagt Zoo-Kurator Florian Bonenkamp. Alaotra-Halbmakis gelten als vom Aussterben bedroht und zählen zu den 25 am stärksten gefährdeten Primaten weltweit. Die Lemuren kommen ausschließlich am Alaotra-See auf Madagaskar vor. Dort leben sie in Schilf- und Papyrusgebieten. *dpa* Foto: Ben Ulrich/Zoo Neuwied/dpa



Kompakt

## Die EU gibt Milliarden für Ungarn frei

■ **Brüssel.** Nach dem Regierungswechsel in Ungarn will die EU-Kommission festgesetzte EU-Mittel in Höhe von bis zu 16,4 Milliarden Euro für das Land freigeben. Der Großteil des Geldes solle fließen, wenn von Ungarn beschlossene Reformen und Investitionen umgesetzt seien, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Ungarns neuer Ministerpräsident Peter Magyar und seine Regierung handelten schnell und entschlossen, um Korruption zu bekämpfen und die Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen, begründete von der Leyen bei einem Besuch Magyars in Brüssel den Vorstoß. Magyar sprach von einem historischen Durchbruch nach nur wenigen Wochen Regierung. 10 Milliarden sollen aus dem Corona-Aufbaufonds der EU kommen. Bevor das Geld ausgezahlt werden kann, muss Ungarn noch einen offiziellen Plan mit den Vorhaben einreichen und auch die anderen EU-Länder müssen grünes Licht für die Freigabe geben.

# Jeder Zweite möchte weniger arbeiten

Schwarz-Rot will weg vom Achtstundentag und Zeit im Job ausweiten – Doch laut Umfrage ziehen die Beschäftigten nicht mit

Von den dpa-Korrespondenten

■ **Berlin.** Wochenarbeitszeit statt Achtstundentag: Das steht im schwarz-roten Koalitionsvertrag. Um das Vorhaben gibt es schon seit längerem Streit. Jetzt zeigt eine Umfrage, dass sich mehr als jeder zweite Beschäftigte in Deutschland vor allem kürzere Arbeitszeiten wünscht – bei Männern mit Kind sind es sogar 63 Prozent. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt wünschen sich zu 53 Prozent kürzere Arbeitszeiten. Das zeigt eine Umfrage des Umfragezentrums Bonn im Auftrag des DGB. Die Gewerkschaft kritisiert schon länger Pläne der Regierung zur Flexibilisierung der Arbeitszeit und sieht sich durch die Umfrageergebnisse darin bestärkt. Männer arbeiten laut der Umfrage im Durchschnitt 37,1 Stunden, Frauen 30,8 Stunden pro Woche, zeigt die Erhebung. 42 Prozent der weiblichen, aber nur 36 Prozent der männlichen Beschäftigten sind in die Betreuung und Erziehung eines Kindes eingebunden.

Die mehr als 4000 zwischen Januar und Mai 2025 befragten Beschäftigten wurden auch gefragt: „Wie oft kommt es vor, dass Sie sich nach der Arbeit leer und ausgebrannt fühlen?“ Bei den Männern sagten 29 Prozent „oft“ oder „sehr oft“, bei den Frauen sogar 40 Prozent. Besonders deutlich zeige

sich die Belastung bei Alleinerziehenden und Frauen, die Angehörige pflegen. Die Umfrage ist nach Angaben der Herausgeber repräsentativ für die arbeitenden Beschäftigten in Deutschland.

„Die aktuelle Arbeitszeitdebatte geht an der Lebenswirklichkeit von Familien komplett vorbei“, sagt DGB-Vizechefin Elke Hannack. Teil der schwarz-roten Reformpläne ist, dass es statt eines Achtstundentages eine wöchentliche Höchststunde geben soll. Das Argument, alles müsse gegen die Wachstumsschwäche der Wirtschaft getan werden, lässt Hannack nicht gelten: „Wenn Beschäftigte bis zur Erschöpfung arbeiten, steigen nicht die Wachstumskräfte, sondern die Krankstände und Unfallzahlen. Echtes Wachstum entsteht durch motivierte, gesunde Arbeitskräfte – nicht durch entgrenzte Arbeitszeiten ohne Schutz.“

## Kassenärzte laufen Sturm gegen Warkens Pläne für Teilkrankschreibungen

Die Kassenärzte warnen vor erheblichen Umsetzungsproblemen bei der geplanten Einführung von Teilkrankschreibungen im Job. Der Aufwand für die Praxen, sich für eine kluge Entscheidung bei den Arbeitgebern nach den Vor-Ort-Bedingungen zu erkundigen, sei „vollkommen unleistbar und auch nicht

Ähnlich sieht es der Sozialverband Deutschland (SoVD). „Die Umfrage zeigt sehr deutlich, die Beschäftigten wollen nicht entgrenzte Arbeit, sondern planbare, gesunde und selbstbestimmte Arbeitszeiten“, sagte die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeyer. „Wer angesichts von Erschöpfung, Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen die tägliche Höchststunde schleifen will, geht an der Lebenswirklichkeit vieler Familien vorbei.“ Besonders Frauen und Alleinerziehende trügen schon heute eine enorme Last aus Erwerbsarbeit und unbezahlter Sorgearbeit.

Auch die Linke sieht viele Arbeitnehmer am Limit. „Die DGB-Umfrage zeigt deutlich: Viele arbeitende Menschen in diesem Land sind schon jetzt an ihrer Belastungsgrenze“, sagte Co-Chefin Ines Schwerdtner. Die Kombination von Arbeit, Angehörigenpflege und

Kindererziehung lasse viele Menschen ausgebrannt zurück.

Hannack sprach sich dafür aus, dass die Beschäftigten mehr selbst über ihre Arbeitszeit mitbestimmen können sollten. Gerade für Frauen würden Job, Kinder, Pflege und Haushalt oft zur Zerreißprobe. Die vielen Anforderungen bekämen sie am besten mit planbaren Zeiten unter einen Hut. Deshalb dürfe „das Weisungsrecht des Arbeitgebers“ nicht durch eine Abschaffung der täglichen Höchststunde erweitert werden. Auf die politische Agenda gehörten kürzere Arbeitszeiten und die gerechtere Verteilung unbezahlter Sorgearbeit, forderte die Gewerkschaftsvertreterin. Damit ist etwa Pflege von Angehörigen daheim gemeint.

Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft schlug vor, die Arbeitszeit zunächst nur für bestimmte Berufe auszuweiten. „Wenn man zu große Sorgen um

den Arbeitsschutz hat, könnte man in einem ersten Schritt die gesetzliche Anpassung auf Beschäftigte konzentrieren, wo keine Gesundheitsrisiken drohen: die Bürobeschäftigten“, sagte der IW-Arbeitsmarktexperte Oliver Stettes. Stettes warb dafür, die Regelung zur täglichen Arbeitszeit zu reformieren. „Eine Flexibilisierung der täglichen Höchststunde kann Beschäftigten und Unternehmen helfen, private Wünsche und Anforderungen mit betrieblichen Notwendigkeiten besser auszubalancieren.“

Zuletzt hatte die CDU-Politikerin Gitta Connemann Änderungen bei der Wochenarbeitszeit gefordert. „Das heißt, dort, wo der Bedarf ist, auch am Wochenende oder in der Nacht arbeiten zu dürfen“, sagte die Chef der Mittelstandsunion. Arbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) hat für Juni einen Gesetzentwurf zur Arbeitszeit angekündigt. Beim DGB-Bundeskongress Mitte Mai hatte die SPD-Chefin gesagt: „Wenn es nach der SPD und mir persönlich geht, fassen wir das Thema gar nicht erst an, aber es steht im Koalitionsvertrag.“ Danach gab es Kritik aus der CDU-Zentrale an den Gewerkschaftern. Kanzler Friedrich Merz (CDU) hatte für Reformen geworben und war von Teilen des Publikums ausgebuht worden.

Mehr zur Lage auf dem Arbeitsmarkt lesen Sie auf Wirtschaft, Seite 8

## INHALTSVERZEICHNIS

Wirtschaft	8/9
Leben	10
Kultur	12
TV-Programm	13/14
Intermezzo: Roman, Horoskop	28

## DIGITALES

www.rhein-zeitung.de  
www.facebook.com/rheinzeitung  
www.instagram.com/rheinzeitung

## WIR FÜR SIE

Abo/Zustellung Tel: 0261/9836 2000  
Anzeigen Tel: 0261/9836 2003



# Inflation sinkt – der Tankrabatt wirkt

Teuerung steigt schwächer als noch im April – Ökonomen warnen aber: „Der Sommerurlaub wird teurer“

■ **Berlin.** Entlastung für die Verbraucher: Die Inflationsrate ist im Mai mit dem Tankrabatt deutlich gesunken. Sie fiel laut erster Schätzung des Statistischen Bundesamtes auf 2,6 Prozent. Im April waren die Verbraucherpreise noch um 2,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat gestiegen und damit so stark wie seit Januar 2024 nicht.

Heizen und Tanken ist mit dem Iran-Krieg seit März sprunghaft teurer geworden. Im Mai kosteten Haushaltsenergie und Spirit 6,6

Prozent mehr als ein Jahr zuvor, ergaben die vorläufigen Berechnungen der Statistiker. Im April hatten die Energiepreise aber noch um gut 10 Prozent angezogen. Insgesamt ließen die Verbraucherpreise von April auf Mai um 0,2 Prozent nach.

„Entscheidend waren der Rückgang der Rohölpreise gegenüber April und der seit Anfang des Monats geltende Tankrabatt“, sagt Silke Tober, Inflationsexpertin des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-

Böckler-Stiftung. „Damit hat der Tankrabatt seinen Zweck erfüllt.“ Christoph Swonke, Konjunktur-analyst bei der DZ Bank sagt: „An dem Instrument gibt es zwar verschiedene Dinge zu kritisieren – vor allem, dass es eine Entlastung mit der Gießkanne ist.“ Mit Blick auf den Inflationsanstieg habe der Tankrabatt aber gewirkt.

Volkswirte erwarten dennoch, dass Unternehmen zeitverzögert höhere Energie-, Produktions- und Transportkosten an Kunden wei-

tergeben und die Preise für Lebensmittel und Dienstleistungen weiter steigen. Der Anteil der Firmen, die Preiserhöhungen planen, ist laut Ifo-Institut hoch. Für Nahrungsmittel mussten die Deutschen im Mai nur 0,4 Prozent mehr zahlen als ein Jahr zuvor. Dienstleistungen, zu denen Restaurantbesuche und Reisen zählen, verteuerten sich zudem um 3,1 Prozent. „Der Sommerurlaub wird teurer“, sagte Michael Heise, Chefvolkswirt beim Vermögensverwalter HG Trust. *dpa*

Die gute Nachricht

## Historische Judengasse wird virtuell erlebbar

Das Jüdische Museum Frankfurt am Main hat eine Web-Anwendung freigeschaltet, mit der Nutzerinnen und Nutzer sich in die Frankfurter Judengasse von 1864 hineinversetzen können. Die Simulation der Häuser, Gegenstände und Menschen sei nach aufwendiger historischer Recherche erstellt worden, sagte die Direktorin Mirjam Wenzel. Das Neuartige sei die Möglichkeit, mit einzelnen Charakteren in der Judengasse mithilfe Künstlicher Intelligenz (KI) Gespräche führen zu können. Das Museum wolle mit dem Konzept „Story Asking“ insbesondere Jugendliche ansprechen: Sie könnten sich Geschichte aktiv durch Fragen aneignen. Die Anwendung „Realtalk 1864“ erlaubt es Nutzerinnen und Nutzern, sich in der historischen Judengasse wie mit Google Street View umzusehen, fünf Charaktere zu treffen und sich mit ihnen zu unterhalten.

➔ Die Anwendung ist im Internet über „realtalk1864.de“ oder in Frankfurt in dem historischen Gewölbekeller der Judengasse „Goldener Apfel“ in einer Installation zu erleben.